



# Evangelische Verantwortung

September 1988

## Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen

Klaus Töpfer

Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer wird am 7. Oktober 1988 auf der 29. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Bonn mit Landesbischof i. R. D. Hans von Keler das Theologische Abendgespräch über das Tagungsmotto führen. Genauere Informationen zur Bundestagung finden Sie auf der letzten Seite.



Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer

Für den Christen zählt die Schöpfungsgeschichte, das Buch Genesis, zu den zentralen Texten für die Gestaltung seines Lebens und für die Formulierung seines Handelns. Dies heißt zwar nicht, daß aus der Bibel konkrete politische Programme und Handlungsanweisungen abzuleiten sind, wohl aber kann der Christ in seinem Engagement für den Mitmenschen, für Natur und Umwelt, für das Leben insgesamt, im biblisch begründeten „Prinzip Verantwortung“ die Richtschnur seines Handelns finden.

Gott hat den Menschen als seinen Mandatar über die Schöpfung gesetzt, die er sich verfügbar machen kann und soll. Der Mensch hat die Freiheit, in einem ihm zugemessenen Umfang die Schöpfung für sich zu nutzen und sich in freier Entscheidung in ihr zu bewegen.

Der Mensch hat mit seinem Eintreten in die Erdgeschichte die Umwelt entsprechend seinen Bedürfnissen und Kenntnissen immer wieder verändert. Er hat die Risiken zu mindern versucht, die ihm von der unbeherrschten Natur drohten und die geeignet waren, ihn in seiner Existenz zu gefährden.

---

### Können wir unser Handeln noch länger verantworten?

---

Die heutige Kulturlandschaft mit nur noch wenigen naturbelassenen Regionen ist Ergebnis der Kultivierungstätigkeiten des Menschen, angefangen von der Landwirtschaft über den Bau von Dörfern und Städten bis hin zum Wasserbau, zum Bau von Verkehrseinrichtungen, zum Bergbau und zur Errichtung moderner Industrieanlagen. Bevölkerungswachstum und gestiegene individuelle Ansprüche, aber auch der wissenschaftlich-technische Fortschritt sowie die damit

verbundene erhebliche Steigerung der industriellen Produktion haben dazu geführt, daß die natürlichen Umweltressourcen – Luft, Wasser, Boden – in einem Maße in Anspruch genommen worden sind, das uns heute nachdrücklicher denn je die Frage stellen läßt: Können wir unser Handeln noch länger verantworten, gegenüber unserer Umwelt, aber vor allem auch gegenüber den Generationen, die nach uns kommen werden und denen wir nicht durch unsere Entscheidungen die Möglichkeiten nehmen dürfen, ihr Leben nach ihren Wünschen und Wertentscheidungen einzurichten.

Viele Erschöpfungszustände der natürlichen Welt lassen uns nachdenklich werden und fragen,

- ob wir auch alle Kosten unseres Wirtschaftswunders richtig ermittelt und die Preise unseres Wohlstandes richtig ausgezeichnet haben, oder
- ob wir Hypotheken zu Lasten von Natur, Landschaft und Boden, Luft und Wasser aufgenommen haben, die abgetragen werden müssen.

Uns stellt sich die Frage,

- ob wir den technischen Fortschritt auch in seinen mittelbaren, oft schleichenden oder manchmal plötzlich katastrophenartig zutage tretenden Folgewirkungen beherrschen – als prägnantestes Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit seien hier nur Algentepiche und Robbensterben in Nord- und Ostsee genannt – oder ob er sich verselbständigt hat,
- ob wir nicht bereits ungewollt *in die Rolle des Zauberlehrlings geschlüpft sind*, der die Geister des Fortschritts nicht mehr los wird, ja von ihnen beherrscht wird,
- ob wir, wie Hans Jonas es einmal eindrucksvoll formuliert hat, dem Ozean nicht bereits gefährlicher geworden sind als er uns.

Die immer länger werdenden „Roten Listen“, die mahnende Buchhaltung über bedrohte oder verschollene Tiere und Pflanzen, die vielfältigen Belastungen des Grundwassers sowie unserer Binnengewässer und der Meere, die Altlasten in den Böden unserer klassischen Industriestandorte und in unzureichend gesicherten Deponien, all das sind unübersehbare Belege dafür, daß wir unserer Verantwortung für die Erhaltung unserer Umwelt und damit auch unserer Lebensgrundlagen nicht in ausreichendem Maße gerecht geworden sind.

---

### Unzureichende Grundeinsichten

---

In diesen Kontext gehört auch die engagierte öffentliche Diskussion über die Verantwortbarkeit der modernen Technik, insbesondere der Großtechnologien wie Kernenergie, aber auch jener Entwicklungen im Bereich der Genforschung, deren Möglichkeiten und Folgen wir in all ihren Konsequenzen heute noch nicht überschauen können.

„Eine Technologie mit dem Anspruch Zukunftstechnologie kann und darf nicht gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden. Wenn Vertrauen und Zuversicht in eine erfolgreiche Kerntechnik zum Nutzen von Mensch und Umwelt wiederhergestellt werden soll, dann muß rückhaltlos aufgeklärt und offen informiert werden, dann muß die Gegenwart neu geordnet und der Weg in die Zukunft neu bestimmt werden und überall wo nötig, muß auch tief geschnitten werden.“

Wo liegen nun die Ursachen für diese Befindlichkeit, die ich einmal unter dem Stichwort „Umweltkrise“ zusammenfassen möchte? Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich die gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz von 1985 „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ heranziehen. Diese nennt als Ursache vor allem „unzureichende Grundeinsichten“, wie z. B.

- „ein Naturverständnis, das den Menschen in falscher Weise in den Mittelpunkt stellt, die Natur bloß als Objekt betrachtet, menschliche Fähigkeiten zur Erhaltung natürlichen Lebens überschätzt und den Eigenwert der Natur nicht wahrnimmt;

„Die Antwort auf erkannte Schwachstellen und Risiken und mögliche negative Folgewirkungen von Technik ist nicht der Verzicht auf den technologischen Fortschritt, sondern ist die ständige Suche nach der besseren, sicheren Technik, ist eine ständige weitere Optimierung von Umweltvorsorge, durch Risikovorsorge und durch Zukunftsvorsorge.“

- ferner eine „ethische Verunsicherung“, aufgrund deren „Ehrfurcht vor allem Leben, Demut, Rücksichtnahme und Problembewußtsein nicht mehr den ihnen gebührenden Rang einnehmen.“

Nachdrücklich weisen beide Kirchen darauf hin, daß „nicht allein menschliches, sondern auch tierisches und pflanzliches Leben sowie die unbelebte Natur Wertschätzung, Achtung und Schutz verdienen. Die Ehrfurcht vor dem Leben setzt voraus, daß Leben ein Wert ist und daß es darum eine sittliche Aufgabe ist, diesen Wert zu erhalten.“ Es geht nicht an, daß der Mensch „in seiner Verantwortung für Natur und Umwelt sich allein an seinen eigenen Interessen orientiert, auch nicht allein an dem, was er technisch machen kann... Die christliche Ethik wird

„Es wäre verhängnisvoll, würde man sich im Bewußtsein, alles technisch Sinnvolle und Zweckmäßige getan zu haben, zurücklehnen und – wie der Volksmund sagt – in Sicherheit wiegen. Sicherheit ist ein dynamischer Begriff. Vorsorge gegen Risiken können wir nur betreiben, wenn wir uns immer wieder selbst infrage stellen und den erreichten Sicherheitsstand kritisch überprüfen, auf weitere Verbesserungen abklopfen und auch tatsächlich weiter verbessern.“

sich nicht auf menschliches Leben allein beziehen können, sondern sie muß tierisches und pflanzliches Leben, ja auch die leblose Natur miteinbeziehen.“

### Einblicke in die Konstruktionsmuster der Natur gewinnen

Der Mensch darf nicht alles, was er kann; aber je mehr er kann, desto größer wird seine Verantwortung, so beginnt sinngemäß ein Hirtenwort der katholischen Bischöfe zu Fragen der Umwelt. Das heißt aber nicht, daß der Mensch erst gar nicht wissen darf, was er kann. Ich trete nachdrücklich dafür ein, daß wir immer mehr Einblicke in die Konstruktionsmuster der Natur gewinnen, denn nur so können wir die uns bedrängenden Probleme nicht nur der Menschen, sondern auch die der Natur insgesamt adäquat und dauerhaft lösen.

Der Physiker Hans Peter Dürr hat jüngst auf dem Kongreß „Geist und Natur“ in Hannover betont: „Es ist die Maßlosigkeit, die uns bedroht“. Er meinte damit nicht allein die Maßlosigkeit des Konsums, sondern er meinte damit vor allem die extensive Nutzung und Anwendung der modernen Technik, insbesondere der bereits erwähnten Großtechniken wie der Kerntechnik und der modernen Biotechnologie.

**Stern:** Der Eindruck bleibt, daß Sie die Industrie mit Samthandschuhen anfassen.

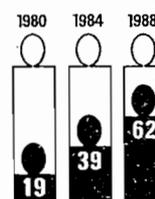
**Töpfer:** Also, mich als Industriefreund zu bezeichnen ist etwas mutig. Aber ich mache kein Geheimnis daraus: Ich will lieber umweltpolitische Ziele mit Unterstützung möglichst vieler erreichen als mit einem Crash-Programm gegen möglichst viele.

In dieser Schlußfolgerung stimmt Hans-Peter Dürr mit dem Philosophen Hans Jonas überein, der sich schon seit vielen Jahren mit den Fragen der Ethik in der technologischen Zivilisation auseinandersetzt und der ebenfalls fordert, angesichts der Ungewißheit über künftige Entwicklungen und Langzeitwirkungen eher die negativen als die positiven Zukunftsprognosen zur Grundlage von Entscheidungen zu machen.

Das Bemerkenswerte an der Haltung beider – und auch darauf muß hingewiesen werden – ist jedoch, daß sie bei aller Skepsis und Vorsicht der Versuchung widerstehen, den einzigen Ausweg im Ausstieg aus der Technik zu sehen. „Das technologische Abenteuer – so Jonas – muß weitergehen“, schon im Hinblick auf die Regionen der Welt, die von den Segnungen der Technik noch all zu wenig mitbekommen haben. Hierauf hat auch Papst Johannes Paul II während seines Besuches in der Bundesrepublik Deutschland vor einigen Jahren hingewiesen, als er sagte: „Man kann nicht sagen, daß der Fortschritt zu weit gegangen ist, solange noch viele Menschen, ja ganze Völker, in bedrückender oder sogar menschenunwürdigen Verhältnissen leben, die mit Hilfe technisch-wissenschaftlicher Erkenntnis verbessert werden können.“

### Besorgt um die Umwelt

Von je 100 befragten Bundesbürgern halten Umweltschutz für eine wichtige politische Aufgabe



Als größte Umweltprobleme nennen von je 100



Quelle: ifl/Statistik \* Umfrage Juni/Juli 1988, Mehrfachnennungen möglich

Die Frage, die sich uns heute stellt, lautet also nicht: Brauchen wir den technischen Fortschritt, können wir auf ihn verzichten? Unsere Frage muß vielmehr heißen: Wie sollen wir mit dem technischen Fortschritt umgehen? Wie können wir seine Risiken soweit wie möglich begrenzen? Wie können wir den technischen Fortschritt human, sozial und ökologisch verträglich gestalten?

Ich möchte hier noch einmal Hans Jonas aufgreifen, der als Kernstück einer Ethik unserer modernen Zivilisation das Prinzip Verantwortung postuliert. Einprägsam und verständlich hat er dies in der Formel eines kategorischen Imperativs zusammengefaßt: „Handle so, daß die Wirkungen deines Handelns verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf der Erde.“

### Fähigkeit des Menschen zur Selbstbegrenzung

Angesichts der Gefahr, die von menschlicher Herrschaft über die Natur ausgehen kann, öffnet sich uns ein neuer Zugang zu dem, was Kultur anfänglich hieß und aufs Neue heißen könnte: Bebauen, um zu bewahren; bewahren, um zu bebauen. Diese Worte der Bibel, der eingangs erwähnten Schöpfungsgeschichte, weisen uns auf unseren Auftrag auf Erden hin. Der Mensch als Mandatar Gottes über die Schöpfung steht und fällt mit der Fähigkeit zur Selbstbegrenzung. Sie hängt an dem Gleichgewicht zwischen Gestalten und Gewährenlassen, an der Entscheidung zwischen dem Möglichen und dem Erlaubten, an der bewußten Differenz zwischen dem, was der Mensch tun kann, und dem was er tut.

Nur indem wir uns beständig dieser Selbstbegrenzung bewußt sind, sind wir in der Lage, eine Politik zu formulieren, die auch für die Zukunft trägt, die es ermöglicht, das Leben als Ganzes zu schützen. Hier sehe ich eine große Chance für eine im modernen Sinne konservative und vom christlichen Menschenbild geprägte Politik. Der Wiesbadener Parteitag der Union hat gezeigt, daß der erforderliche Bewußtseinswandel da ist. Um so mehr müssen wir uns jedoch darum bemühen, eine Politik zu formulieren und durchzusetzen, hinter deren zahlreichen Einzelentscheidungen für die Bürger erkennbar eine Wert-

orientierung sichtbar wird. Für uns sind dies die Grundwerte der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit. Sie geben unserer Politik die Orientierung und sind Maßstäbe unseres Handelns.

---

### „Modernisierungsprozeß mit Tradition“

---

Ein zentraler Punkt einer in diesem Sinne wertorientierten Politik besteht für uns darin, die Verantwortung für die Schöpfung anzuerkennen und dieser Verantwortung gerecht zu werden. Die vielfältigen Gefährdungen unserer Umwelt und die Bedrohungen, die sich daraus für unsere Generation, vor allem aber für die nach uns kommenden Generationen ergeben, machen deutlich, daß wir aus dieser Verantwortung

heraus unsere Politik neu orientieren müssen. Wir müssen die Ordnungsidee der Sozialen Marktwirtschaft um eine ökologische Komponente erweitern. Verantwortungslos handelt, wer auf diese Gefährdungen und Bedrohungen mit Resignation, mit Ausstieg oder mit Verweigerung antwortet.

Was wir brauchen, ist eine Politik, in der sich Kreativität und persönliches Engagement für die Bewahrung der Schöpfung mit der Nutzung des Fortschritts von Technik und Wissenschaft zu einer dynamischen Politik der ökologischen Modernisierung vereinigen. In diesem Sinne benötigen wir einen „Modernisierungsprozeß mit Tradition“, mit dem wir christlicher Tradition entsprechend unserer Verantwortung für die Schöpfung gerecht werden.

---

## Zwischen Schöpfung und Chaos. Dimensionen des biblischen Schöpfungsglaubens.

Siegfried Herrmann

---

**Im Rahmen des 9. Bonner Theologischen Gespräches hielt Prof. Dr. Dr. Siegfried Herrmann, Alttestamentler an der Ruhr-Universität in Bochum, einen vielbeachteten Vortrag zur Schöpfungsproblematik, der in Auszügen im folgenden abgedruckt ist.**

**Prof. Herrmann zeigt darin sehr eindrucksvoll, wie der Mensch oft in Überschätzung seiner Möglichkeiten und im Widerspruch zu seinem göttlichen Auftrag seine Freiheit mißbraucht und verspielt.**

In den großen Diskussionen um die Erhaltung von Schöpfung, um Frieden und Menschenrechte spielt häufig ein Begriff eine Rolle, der Lösungen anzuvisieren scheint, der Begriff der „Vernunft“. Eine vernünftige Politik soll auch die Voraussetzungen für eine vernünftige, allen gerecht werdende Weltordnung liefern. Der Begriff der Vernunft spielt seit der europäischen Aufklärung eine hervorragende Rolle, wenn auch in verschiedenen Nuancen. Er setzt logisches Denken voraus, das den Menschen zwangsläufig zu Lösungen führen soll, die allen einleuchten und letztlich alle zu dem gleichen Ziele führen, nämlich das zu tun, was allen nützt.

Die Bibel kennt einen solchen, auf rein logischen Denkkategorien aufbauenden Vernunftbegriff nicht;

allein im Alten Testament gibt es kein Wort, das die menschliche Geistestätigkeit im Sinne unseres säkularen Vernunftbegriffs umschriebe. Vielmehr ist das die Auffassung, daß der Mensch Anteil an jenem Geiste hat, der göttlichen Ursprungs ist, logischerweise, denn im Sinne Gottes soll ja der Mensch die Welt beherrschen. Diesen „Geist“, der Gott mit den Menschen und den Menschen mit Gott verbindet, erfaßt das hebräische Wort „ruach“. Es ist der Geist, der zur rechten Erkenntnis führt. Wer ihn mißachtet, wer sein eigenes Ermessen höher einschätzt oder Gott vergißt, ist nach biblischer Überzeugung ein „Gottloser“ oder schlicht ein „Törichter“, ein „Tor“.

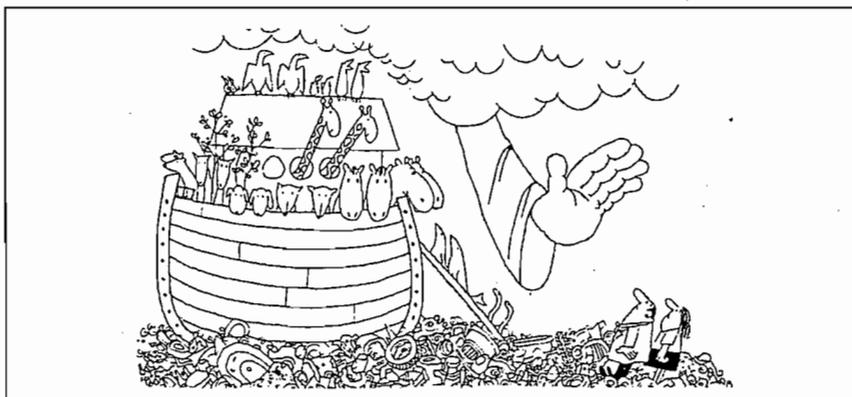
Nun weiß die Schrift sehr genau, was solcher Entfaltung des Geistes entgegensteht. Der Mensch ist voller Leidenschaft und Ungeduld, hin und her gerissen von Gemütsbewegungen, die aus einer Vitalität kommen, die ihn in Aufregung und Verzweiflung stürzen, die Zorn, Trauer, Liebe und Haß in ihm aufsteigen lassen. Das hebräische Wort „näfäsč“ meint diese Quelle menschlicher Vitalität und Leidenschaftlichkeit.

Diese ungestüme Lebenskräfte gilt es in Bahnen zu lenken und zu regulieren. Dazu ist dem Menschen

der „Geist“ (ruach) gegeben, damit er aus dem animalischen Wesen den beherrschten, den klar denkenden und den recht entscheidenden Menschen macht. Das ist ein Stück biblischer Anthropologie, das ist ein Stück Schöpfung, das sind die Mit-

*... Es wird erneut die notwendig kritische Funktion der Ethik gegenüber der Politik sichtbar. Indem die Ethik nach dem Menschenbild fragt, deckt sie auch den Irrtum eines Naturverständnisses auf, das Mensch und Natur nur im Verhältnis von Subjekt und Objekt sieht. Auch der Politiker, der nicht daran glaubt, daß die Natur neben dem Menschen deshalb ein eigenes Existenzrecht hat, weil sie von demselben Gott geschaffen wurde, wird dieses Recht anerkennen können, wenn ihm bewußt geworden ist, daß es dabei um das eine Leben geht, an dem auch der Mensch Anteil hat. Sein Leben steht mit auf dem Spiel bei dem von ihm verursachten Artensterben in Fauna und Flora – und zwar nicht nur deshalb, weil wichtiges genetisches Potential für die Ernährung der Menschen verlorengeht.*

Quelle: H. Zilleßen,  
Evangelische Kommentare 6'88



„Nein – diesmal machen wir es ohne Menschen.“

Hans Moser, Laax, Graubünden

tel, über die der Mensch verfügt und verfügen soll. **Nicht nur die Erde soll er beherrschen können, sondern auch sich selbst.**

überwunden und befriedigt sind. Erst allmählich löst sich der Mensch aus den Verstrickungen, in die ihn Logik und Leidenschaft geführt haben.

### Vernunft als Lösung?

Das ist der Grund, warum der Appell an die Vernunft meist wenig fruchtet. Die Logik schafft es nicht, wenn ihr die Leidenschaften, die Egoismen, der Machthunger, eine ungebändigte Vitalität entgegenstehen. Von „Vernunft“ ist dann keine Rede mehr. Die Schwäche des Vernunftbegriffs liegt darin begründet, daß er ambivalent ist. Unter Berufung auf die Vernunft wird so getan, als ob es logische Lösungen gibt, die angeblich allen einleuchten müßten. Aber der logischen Möglichkeiten sind immer mehrere, und wer sich auf eine einzige versteift, hält die seine für „vernünftig“. Ein anderer logischer Ausgangspunkt kann aber durchaus zu einer anderen Lösung führen, und die ihn vertreten, halten ihre Logik für die einzig „vernünftige“. Aber es kommt darauf an, die „richtige“ Lösung durchzusetzen.

Sie beginnt sich dann abzuzeichnen, wenn die Leidenschaften abgebaut, die Egoismen besiegt, die Selbstbehauptung um jeden Preis zurückgestellt sind. Wer würde der Erhaltung der Schöpfung, dem Verzicht auf lebensbedrohliche Energiequellen, der Verminderung des Schadstoffausstoßes, der Reinhaltung der Flüsse nicht gern zustimmen wollen, wenn da nicht „Interessenlagen“ und „Sachzwänge“ eine Rolle spielten, die so rasch nicht

„Vernunft“ soll das lösende Wort sein, das den Ausgleich schafft zwischen den Überspitzungen eines logisch argumentierenden Verstandes und den leidenschaftlichen Aufwallungen der menschlichen Natur. Man wird auf das Wort nicht verzichten können. Aber es reicht nicht zur Lösung. Vernunft unterdrückt noch nicht die Leidenschaften, die weiterwirken und sich Bahn brechen wollen. **Dem Wort zur Vernunft muß das Wort an die Einsichts- und Erkenntnisfähigkeit des anderen folgen.** Der konstruktive Geist, der der Geist des Schöpfers ist, muß vorhanden sein, um gegen die Leidenschaften von Macht, Einfluß und Prestige anzukämpfen, um dem Richtigen, dem jeweils Gebotenen, den Erfordernissen in einer stets dem Wandel unterworfenen Welt zu entsprechen und zum Siege zu verhelfen. Das will geistig bewältigt und gewollt sein.

In den widerstreitenden Kräften dieser Welt kommt es letztlich auf gegenseitige Erkenntnis und Einsicht an. Sie sind die vornehmsten Früchte unseres Geistes, die zu aktivieren sind, um die Welt zu erhalten und die Menschheit zu befreien im Sinne des Schöpfens.

### Die Grenze ist leicht überschritten

Ein letztes Wort ist zu sagen zu den Grenzen und den Grenzfällen unseres Daseins.

Erinnert sei an den Baum in der Mitte des Gartens Eden. Er repräsentiert absolute Grenze in der Welt, die Autorität Gottes hat sie verfügt. Aber die Erzählung zeigt auch, wie schnell und leicht die Grenze von Seiten des Menschen überschreitbar ist, doch mit harten Konsequenzen für seine ganze Existenz. Wir stehen heute vor einer Reihe von Grenzfällen, die an eine absolute Grenze führen, auch dann, wenn es gelingen sollte, eines Tages dieser Probleme wenigstens partiell Herr zu werden. Zu denken ist neben anderem an unheilbare Krankheiten, an die Gen-Technologie, an alle Formen von Umweltbelastungen und an den unkontrollierten Abbau natürlicher Ressourcen, von den Spannungssituationen der Groß- und Mittelmächte hier ganz zu schweigen.

Die Welt ist von Gott als ein funktionierender Kosmos geschaffen. Aber der Mensch verhält sich nicht als der Mandatar Gottes. Er muß wissen, daß es Grenzen seiner Interessenlagen gibt. **Der Zugriff zu allen Bäumen und Früchten des Gartens ist ihm verwehrt.** Machbar ist vieles, aber wie wir wissen, kann die Schöpfung gewaltig zurückschlagen bis hin zur Verseuchung, ja Vernichtung unseres Planeten. Wer den Glauben an die Überlegenheit Gottes sich bewahrt, gewinnt die Perspektive, die zu realistischem Urteil führt.

## Aus dem Inhalt:

<b>Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen</b>	1
<b>Zwischen Schöpfung und Chaos. Dimensionen des biblischen Schöpfungsglaubens</b>	4
<b>Diakonie ist evangelische und öffentliche Verantwortung</b>	6
<b>Suche nach gemeinsamen Lösungen – Ein Briefwechsel</b>	8
<b>Wo leben wir eigentlich?</b>	10
<b>Protestantische Profile</b>	11
<b>Namen und Notizen</b>	12
<b>Für uns gelesen und besprochen</b>	13
<b>Aus unserer Arbeit</b>	14

# Diakonie ist evangelische und öffentliche Verantwortung

Fritz-Joachim Steinmeyer

Das Diakonische Werk ist in letzter Zeit von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Prof. Fritz-Joachim Steinmeyer, Vizepräsident des Diakonischen Werkes der EKD und Beauftragter am Sitz der Bundesregierung in Bonn, skizziert im folgenden Aufgaben der Diakonie im sozialen Rechtsstaat, die sich angesichts wechselnder Probleme und Herausforderungen immer wieder neu stellen.

Nach dem Kirchengesetz vom 6. 11. 75 nimmt die EKD ihre diakonischen Aufgaben durch das Diakonische Werk wahr. Das Diakonische Werk ist ein „Werk“ der Kirche. In der Präambel seiner Satzung findet dies seinen deutlichen und eindeutigen Ausdruck: „Die Kirche hat den Auftrag, Gottes Liebe zur Welt in Jesus Christus allen Menschen zu bezeugen. Diakonie ist eine Gestalt dieses Zeugnisses und nimmt sich besonders der Menschen in leiblicher Not, seelischer Bedrängnis und in sozial ungerechten Verhältnissen an“ – „da die Entfremdung von Gott die tiefste Not des Menschen ist und sein Heil und Wohl untrennbar zusammengehören, vollzieht sich Diakonie in Wort und Tat als ganzheitlicher Dienst am Menschen“.

## Diakonie als eine „Qualität“ der Kirche

Diese Aussagen verankern Diakonie in der Kirche. Institutionelle Verschränkungen finden in der personellen Zusammensetzung der Organe von Kirche und Diakonie ihren Niederschlag. So sind z. B. Synodale Mitglieder in Gremien der Diakonie, und Diakonievvertreter sitzen in Synoden.

Diese Nähe von Kirche und Diakonie wird oft übersehen. Auch die Sprachregelung „die Evangelische Kirche und ihre Diakonie“ hat wohl leider nur wenig dazu beigetragen, daß Diakonie als eine „Qualität“ der evangelischen Kirche verstanden wird. Hier wirkt offensichtlich die

Geschichte der Diakonie, der früheren „Inneren Mission“, nach: Als es noch keine „öffentliche Fürsorge“ gab, engagierten sich vorzugsweise Gemeindepfarrer in der Schaffung von Einrichtungen der Hilfe für familienlose Kinder und Jugendliche, behinderte, kranke und alte Menschen, für die sonst niemand sorgte. Die Gründung von Schwesternschaften (Diakonissen) und Bruderschaften (Diakone) sorgten für Mitarbeiter in den vielfältigen diakonischen Diensten. Dennoch standen diese Initiativen neben der „verfaßten“ Kirche. Manche der großen Einrichtungen erlangten Gemeindestatus (Anstaltsgemeinde) und konnten Freundeskreise aus den kirchengemeindlichen Umfeldern aufbauen, die sich und ihre Gaben in die diakonische Aufgabe einbrachten. Das war sozusagen der Verfügungsfond, mit denen die damaligen Anstaltsleiter der Diakonie (Innere Mission) die laufende Arbeit finanzierten und auch ausbauen konnten.

Heute läßt sich Diakonie gar prächtig in Zahlen darstellen: Da gibt es z. B. ca. 20 000 Rechtsträger diakonischer Einrichtungen und Dienste, angefangen von den Kindergärten über die diversen ambulanten Dienste der Jugend-, Familien-, Behinderten-, Gefährdeten- und Altenhilfe, mit etwa 260 000 hauptamtlichen Mitarbeitern. Die Umsatzzahlen der gesamten Diakonie gehen in die Hunderte von Millionen und die Zahl der betreuten, gepflegten und versorgten Menschen in die Hunderttausende. Wie alle Lebensbereiche ist auch die Diakonie heute vielfältig in landes- und freikirchlichen Diakonischen Werken und über hundert Fachverbänden organisiert.

Überall gibt es Mitgliederversammlungen, Vorstände, Verwaltungsräte, Kuratorien und auch unabhängige Rechnungs- und Prüfdienste, die darüber wachen, daß mit anvertrautem Geld ordnungsgemäß umgegangen wird.

Sicherlich war es vor hundert und mehr Jahren sehr viel schwerer, eine diakonische Einrichtung, z. B. ein Heim, wirtschaftlich durchzuhalten als heute. Wir können nachlesen, wie damals vielfach Geld erbettelt und erbetet wurde, um die Arbeit fortzuführen oder zum Wohle der immer größer werdenden Zahl notleidender Menschen erweitern zu können.

Diese Überlebenssorge haben die traditionellen Einrichtungen der Diakonie für junge und alte, kranke und behinderte Menschen in unserem sozialen Rechtsstaat nicht mehr. Da gibt es Ansprüche auf Pflegesätze, institutionelle Förderung, Maßnahmenförderung usw. Diakonie ist neben Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Paritätischem Wohlfahrtsverband, Rotem Kreuz und Zentralrat der Juden „Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege“ auf Bundes-, Landes-, regionaler- und Ortsebene. Damit ist auch Diakonie im sozialen Rechtsstaat „etabliert“. Neue Aufgaben werden vom sozialen Rechtsstaat auch an die Diakonie herangetragen, aber immer nur teilweise auch finanziert. Die Finanzierung originärer eigenständiger Initiativen wird für die Diakonie immer schwieriger und ist sehr oft gar nicht mehr möglich.

## Neue Herausforderungen durch Problemgruppen

Genau an dieser Stelle stellt sich aber die Überlebenssorge für Diakonie heute in ganz neuer Weise. Der Staat, auf allen Ebenen, hat sich auf den Beitrag der freigemeinnützigen Träger und ihrer Verbände eingestellt. Mit ihnen sieht sich Diakonie immer wieder neu und zusätzlich in die Pflicht genommen, wenn es im Sozialstaat darum geht, notwendige Hilfen bereitzustellen, z. B. in Form von Familien-, Erziehungs- und Lebensberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Frauenschutzhäusern, ambulante Dienste für gefährdete und

obdachlose Menschen, Hilfe für Drogenabhängige usw.

Die Notwendigkeit sozialer Hilfen wird immer differenzierter in unserem sozialen Rechtsstaat, immer neue „Problemgruppen“ brauchen Hilfe, z. B. deutsche Zuwanderer, Ausländer, ausländische Flüchtlinge, Asylbewerber und Asylanten. Schließlich werden auch von der Diakonie Initiativen zugunsten arbeitsloser Menschen in unserem Lande erwartet und der Ausbau ambulanter Dienste für psychisch Kranke, Hauspflege, Familienpflege, sozialpädagogischer Familienhilfe und vieles andere.

Für alle diese Dienste, Maßnahmen und Einrichtungen hat die Diakonie kaum „eigenes“ Geld. Das Geld, das ihr Kirche und evangelische Christen geben, ist zwar „ihr“ Geld, aber diese Summe steht in keiner Relation zu den „Tagessätzen“, die diakonische Einrichtungen und Dienste jeden Tag für Personal und Sachkosten aufwenden müssen. Diese Kosten erstatten örtliche und überörtliche öffentliche Träger der Sozial- und Jugendhilfe, Träger der gesetzlichen Sozialversicherungen, Länder und Bund pflichtgemäß oder nach Ermessen.

In dem Buch von Theodor Heuss über Friedrich Naumann ist nachzulesen, wie Friedrich Naumann die Zukunft der Inneren Mission (Diakonie) erahnte: „Die Innere Mission gewinnt immer größere Volkskreise und verliert immer mehr die religiöse Besonderheit“ – **„Wenn eine Sache Volkssache wird, so tritt sie aus dem Stadium der Freiheit in das der Notwendigkeit, d. h. aus der willkürlichen Liebestätigkeit wird gesetzliche Organisation, aus der Privatsache wird je nach Art und Inhalt Staatssache oder Kirchenregimesache. Der Zauber der ersten Zeit ist vorbei, die Gebete der besonderen Freunde verhallen, Anstaltsrechnungen werden Teile des Staatshaushaltes, freie Liebesorganisationen werden Teile des rechtlichen Kirchenbestandes“** – Friedrich Naumann fährt fort, daß das Missionieren, das dem ewigen Verderben entgegengreifende Einzelseelen-retten-Wollen, zum „Christianisieren“ werde: „Das allgemeine Priestertum wird von neuem proklamiert“. Friedrich Naumann ahnte, daß Erstarrung droht und

daß ihre Vorbeten bereits sichtbar seien. „Die Innere Mission ist die freie christliche Vorarbeit für die zukünftigen, bleibenden Organisationen in Staat und Kirche“.

Was Friedrich Naumann vor genau 100 Jahren für die Zukunft der Inneren Mission erahnte, ist für die Verantwortlichen der Diakonie heute beängstigende Wirklichkeit. Friedrich Naumann war „fester Zuversicht“ in seiner Zukunftsschau von Diakonie, – „das allgemeine Priestertum wird von neuem proklamiert“.

Die beängstigende Wirklichkeit liegt darin, daß die in öffentlicher Verantwortung Stehenden und die evangelischen Christen dazu viel zu wenig die Relevanz von Diakonie für die Kirche und damit für das Gemeinwesen heute realisieren. Die Diakonie – freie Liebestätigkeit evangelischer Christen und ihrer Kirche? Diakonie – ein absichtsloses Dasein für andere? Diakonie – Signalgeber für notwendige Weichenstellungen im sozialen Rechtsstaat? Diakonie – Anwalt der Schwachen?

#### **Diakonie als Lebens- und Wesensäußerung der Kirche**

Die Diakonie wird irrigerweise als so potent erachtet, daß sie sich schon selbst artikulieren, d. h. doch wohl auch sich „durchsetzen“ könnte. Das ist aber nicht nur eine völlige Fehleinschätzung von Diakonie und ihren heutigen Möglichkeiten in den sehr fest gelegten Grenzen des sozialen Rechtsstaates (vgl. Friedrich Naumann); es ist auch eine undiakonische Einstellung vorzugsweise der evangelischen Christen in öffentlicher Verantwortung. Diakonie ist nicht delegierbar auf Einrichtungen und Dienste vieler Hilfen in formaler evangelischer Trägerschaft.

Es mag sein, daß Diakonie selbst dem Eindruck Voranschub geleistet hat, sie sei, z. B. in der Sozialpolitik Wer und Was: Der öffentliche „Status“ der Diakonie im sozialen Rechtsstaat als (ein!) Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege wird auf kommunaler Ebene auf Länder- und Bundesebene zwar kaum angezweifelt.

Im Chor der in Verbänden organisierten freigemeinnützigen Wohlfahrtspflege wird auch die Diakonie von politischen Entscheidungsträgern „angehört“ und „angemessen gefördert“. **In vielen Arbeitsfeldern ist Diakonie aber nicht mehr abhängig vom Engagement und Opfer der Christen und ihrer Kirche. Das ist existenzbedrohend für Diakonie als „Lebens- und Wesensäußerung“ der Kirche.**

Leben kann Diakonie in unserem sozialen Rechtsstaat nur, wenn sie nicht in die Emanzipation der Moderne entlassen wird, in der dann jedes einzelne und jedes Gruppeninteresse nur noch das Seine/Ihre sucht. Diakonie kann dem hohen Anspruch, der in sie von Kirche und Staat gesetzt wird, nur dann gerecht werden, wenn sie keine Delegationsinstitution (Alibi) für „evangelische Verantwortung“ ist.

---

#### **Was ist uns die Diakonie wert?**

---

Nicht nur öffentlich gemachte Anmerkungen staatlicher Rechnungshöfe belegen die Verwundbarkeit der Diakonie im evangelischen und auch im nichtevangelischen öffentlichen Bewußtsein. Wenn sich solche kritischen Anmerkungen zum Umgang diakonischer Einrichtungen und Dienste mit staatlichen Mitteln auch als haltlos erweisen, bleiben sie doch im Bewußtsein gutgläubiger naher und ferner Christen haften. Kaum etwas macht heute bessere Schlagzeilen als der Umgang mit Geld. Wer widerspricht eigentlich z. B. der Formulierung in einem Leitartikel „Sie lassen sich auf eine einfache Formel bringen: Je besser der Zweck, desto einfacher, verlockender und fast unwiderstehlicher wird die Versuchung des Eigennutzes“. (FAZ vom 19. 5. 1988) – Auch die Diakonie muß heute mit sehr viel Geld umgehen, anvertrautem Geld, dessen Verwendung nicht nur Kirchen- und Diakonie-intern, sondern auch staatlich nachgewiesen werden muß, einschließlich kirchlicher und staatlicher Rechnungsprüfung.

Die erste Frage muß der Kirche als Institution und auch als Gemeinschaft evangelischer Christen gel-

**Fortsetzung auf Seite 10**

# Suche nach gemeinsamen Lösungen

Ein Briefwechsel

**Im Vorfeld der Jahrestagung von Weltbank und IWF in Berlin hat der nachfolgend dokumentierte Briefwechsel zwischen Jochen Feilcke, Berliner CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, und Bischof Dr. Martin Kruse, Ratsvorsitzender der EKD, stattgefunden, in dem die Bereitschaft von Kirche und Politik erkennbar wird, die Herausforderungen des Problemkreises Schuldenkrise anzunehmen und geeignete Lösungswege gemeinsam zu suchen.**

*Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Kruse!*

Die Herbsttagungen von IWF und Weltbank in Berlin richten den Blick einer ungewöhnlich großen Öffentlichkeit auf Probleme der Dritten Welt. Dieses verstärkte Interesse sollte, meines Erachtens, von allen Informierten genutzt werden, sachliche Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren. Zu den wichtigsten unbeantworteten Fragen gehört dabei die katastrophale Verschuldung vieler Entwicklungsländer.

Denn tatsächlich blockiert die internationale Schuldenkrise seit Jahren das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung vieler Länder der Dritten Welt. Zusätzlich stellt sie eine Bedrohung des internationalen Finanzsystems und damit eine unmittelbare Gefahr für unsere heimische Wirtschaft dar. Es muß also im Interesse aller Beteiligten, der Regierungen der Industrie- und der Entwicklungsländer, der multilateralen Entwicklungshilfeorganisationen und der privaten Banken liegen, einen Weg aus dieser Krise zu finden.

*Dieser Weg ist aber beschwerlich und verlangt Opfer von jedem Beteiligten. Er kann nur zum Erfolg führen, wenn Gläubiger wie Schuldner am gleichen Strang in die gleiche Richtung ziehen.*

Auch die Kirchen können helfen. Sie sind zwar nicht direkt an der Entwicklung finanztechnischer Lösungsmöglichkeiten beteiligt, können aber trotzdem aufgrund ihres moralisch-ethischen Gewichtes einen starken Einfluß auf die Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldnern ausüben. Ihre Stellungnahmen werden von den Regierungen sowie den Bevölkerungen in Industrie- und Entwicklungsländern

vernommen. Meines Erachtens haben auch die Kirchen eine große Verantwortung bei der Überwindung der Schuldenkrise.

Schon in den 70er Jahren kamen wichtige Impulse für eine Neuorientierung in der Entwicklungspolitik von den Kirchen. Neben den Fachleuten der Entwicklungshilfeinstitutionen waren sie zu dieser Zeit die einzige nennenswerte Lobby für Entwicklungszusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Auch heute haben sie mit ihren Papieren zur Schuldenkrise wieder eine wegweisende Aussage für die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern getroffen. Geleitet von dem Prinzip der Gleichheit aller Menschen und der gerechten Verteilung der Einkommen, nehmen sie hier auch kritisch Stellung zu den zentralen Institutionen des internationalen Schuldenmanagements, IWF und Weltbank. Sie zeigen Mängel ihrer Arbeit auf, erkennen jedoch die Lernfähigkeit dieser beiden Organisationen an. Die Notwendigkeit der Bretton-Woods-Institutionen für die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird nicht in Frage gestellt.

Ganz andere Töne erklingen jedoch von der kirchlichen Basis herauf. Hier wird nicht so sehr danach gefragt, wie Lösungen gefunden werden können, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen. Hier werden unrealistische und polemische Forderungen laut, die den Menschen, zu deren Fürsprecher sie sich doch zu machen vorgeben, schaden.

Es zeugt nicht von Dialogbereitschaft, sondern eher von der Suche nach Konfliktpunkten, wenn kirchliche Gruppen sich an Kampagnen wie „Zerschlagung des IWF“ beteiligen. Es zeugt auch nicht von einem weitreichenden und abwägenden Nachdenken, wenn bei jedem Anlaß eine völlig undifferenzierte globale Schuldenerlaßpolitik für alle Schuldnerländer gefordert wird. Eine solche Forderung kann nicht in Sinne des sonst so hochgehaltenen Prinzips der Gerechtigkeit sein. *Oder ist es etwa gerecht, wenn nicht nur einem Land, das große Reformanstrengungen unternommen hat, sondern vielleicht auch seinem Nachbarn die Schulden ohne Bedingungen erlassen werden?*

Neben der Bewertung der Bretton-Woods-Institutionen und der Forderung nach einem undifferenzierten, globalen Schuldenerlaß, ließen sich noch weitere Beispiele anführen, die zeigen, daß *sich die Haltungen einiger kirchlicher Gruppen und der kirchlichen Führung fundamental widersprechen*. Wem sollte man da Glauben schenken? Spektakuläre Forderungen und Anklagen finden natürlich in den Medien großes Interesse. Aber wem nützen sie? Sie tragen doch nur dazu bei, die Betroffenen zu verwirren, sie gaukeln falsche, unzulässig vereinfachende Lösungsmöglichkeiten vor. Je länger man diesen Trugbildern unrealisierbarer Entwicklungsmodelle anhängt, desto schwerer wird hierher die notwendige Anpassung an die Erfordernisse der Realität.

Auch innerhalb der Kirchen ist die Auseinandersetzung über die zukünftige Haltung in der Schuldenkrise noch nicht abgeschlossen. Wenn das Papier „Bewältigung der Schuldenkrise – Prüfstein der Nord-Süd-Beziehungen“ sich als *die* Meinung der Evangelischen Kirche durchsetzen soll – was ich für notwendig halte, um der Kirche wieder das Gewicht der 70er Jahre zurückzugeben – bedarf es noch einer eingehenden und ausführlichen Diskussion innerhalb der Gemeinden und Gruppen.

In diesem Papier heißt es, „die Mehrheit der Kirchen hat – wenn es um bedeutende Fragen geht, bei denen sie stark engagiert sind – durchaus Zugang zu ihren eigenen Mitgliedern“ (S. 16). Ich erlaube mir, sehr geehrter Herr Bischof, die Bitte an Sie zu richten, diesen Zugang zu nutzen. Die Herbsttagungen in Berlin sollten Anlaß für kritische, aber sachkundige und sachdienliche Auseinandersetzungen sein. *Ich halte es für möglich und nötig, entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung zu fördern und dabei Klischees sowie Feindbilder abzubauen*. Es wäre schade, wenn „Basisgruppen“ das zerschlagen würden, was die Kirchenleitung mühsam erarbeitet und aufgebaut hat. Das hohe Ansehen der Evangelischen Kirche steht bei vielen Mitgliedern auf dem Spiel, wenn radikale Teile mit dem Ganzen identifiziert werden.

Ich hoffe auf ihr Verständnis für diesen Brief und grüße Sie mit vorzüglicher Hochachtung.

Ihr

Jochen Feilcke

Sehr geehrter Herr Feilcke.

Nachdrücklich stellen Sie in Ihrem Schreiben die Frage nach der Aufgabe und der Rolle der Kirchen angesichts der Herausforderungen, vor die wir alle durch die internationale Schuldenkrise und – ganz unmittelbar – durch die Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank im September in Berlin gestellt sind. Dafür bin ich Ihnen dankbar, zumal Sie mir damit Gelegenheit geben, dazu aus meiner Sicht Stellung zu nehmen.

Ich brauche nicht zu betonen, daß ich mit Ihnen völlig darin übereinstimme, daß wir in der internationalen Schuldenkrise eine der wichtigsten, ungelösten Gegenwartsfragen zu erkennen haben, deren katastrophale Auswirkungen alle Beteiligten – die Regierungen der Entwicklungsländer ebenso wie die der Industrieländer, die privaten Geschäftsbanken nicht weniger als die internationalen Finanzinstitutionen – zu gemeinsamen Anstrengungen herausfordert.

Auch bin ich mit Ihnen überzeugt, daß die Kirchen eine Mitverantwortung dafür tragen, daß Wege zur Überwindung dieser Krise – allen Interessengegensätzen und Widerständen zum Trotz – gesucht und begangen werden können.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich bemüht, dazu ihren Beitrag zu leisten und eine Erklärung ihrer Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst vorgelegt, in der zu den anstehenden Fragen – auf der Grundlage eines intensiven Dialogs mit kirchlichen Partnern in Übersee und mit Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft – Stellung genommen wird. In gleicher Weise hat auch die Deutsche Bischofskonferenz mit ihrer Erklärung zur internationalen Schuldenkrise Stellung bezogen. Sie wissen auch, daß sich beide Kirchen auf einem zweitägigen Symposium der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) im Juni dieses Jahres in Berlin mit ihren Positionen dem *Dialog mit Politikern, Wirtschaftlern und Vertretern der Aktionsgruppen und damit auch der Kritik gestellt haben*. Die Kirchen haben damit versucht, die Fragen, vor die uns die internationale Schuldenkrise stellt, aus ihrer Sicht zu verdeutlichen und die Diskussion darüber zu versachlichen.

Nun kann sich der Beitrag der Kirchen zu dieser Diskussion sicherlich nicht in öffentlichen Erklärungen ihrer Kirchenleitung erschöpfen. Wir sind uns vielmehr sehr wohl der Tatsache bewußt, daß die Erwartungen, die wir in öffentlichen Erklärungen gegenüber den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft äußern, in dem Maße an Nachdruck und Überzeugungskraft gewinnen, in dem sie von den Gliedern

der Kirche und den Gruppen in der Kirche aufgegriffen, mitgetragen und in ihren Konsequenzen für die eigene Lebensgestaltung bejaht werden.

Gerade hat bei uns in Berlin ein Ökumenisches Hearing, das von zahlreichen kirchlichen Basisgruppen zur Schuldenproblematik veranstaltet wurde, stattgefunden. Drei Tage lang haben über 600 Vertreter dieser Gruppen aufmerksam und konzentriert den Aussagen einer großen Zahl von Zeugen zugehört, die hier befragt wurden: Vertreter kirchlicher Basisgruppen aus Entwicklungsländern, die von der Verschuldung besonders hart betroffen sind, ebenso wie hochrangige Vertreter des IWF, der Weltbank und der Bundesregierung. Ich habe bei dieser Veranstaltung den Eindruck gewonnen, daß das, was die beiden Kirchen in ihren Erklärungen zum Ausdruck gebracht haben, durch diese Anhörung kirchlicher Basisgruppen eindrücklich bekräftigt und verstärkt worden ist.

Insofern kann ich Ihren Eindruck, daß sich kirchliche Gruppen und Kirchenleitungen in ihrer Haltung zur internationalen Schuldenkrise „fundamental widersprechen“, nicht bestätigen. Auch die Tatsache, daß die Erklärung der EKD zur Schuldenfrage innerhalb weniger Wochen in einer Zahl von weit über 20 000 Exemplaren vor allem von der kirchlichen Basis angefordert worden ist, mag ein Hinweis dafür sein, daß der Konsens innerhalb der evangelischen Kirche in dieser Frage größer ist, als Sie vermuten.

Damit will ich nicht leugnen, daß es in der Frage der internationalen Verschuldung – nicht anders wie in anderen Gegenwartsfragen – in unserer Kirche unterschiedliche Positionen und darum auch Spannungen und Auseinandersetzungen gibt. Auch hat es aus dem Lager der Dritte-Welt-Aktionsgruppen im Blick auf die Jahrestagung von IWF und Weltbank Äußerungen gegeben („stören“ und „verhindern“), die man nicht nur als töricht und verantwortungslos bezeichnen kann.

Dies alles aber – und das zu betonen, ist mir wichtig – kann für die Kirchen nicht Anlaß sein, das spannungsvolle Feld der Basisgruppen pauschal auszugrenzen, abzuqualifizieren oder gar zu kriminalisieren.

Vertreter der EKD haben darum in den letzten Monaten mit den Gruppen, die das Ökumenische Hearing veranstaltet haben und die im Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zusammengeschlossen sind, einen regen Dialog geführt. Dabei sind Unterschiede in den Positio-

nen und Handlungsweisen deutlich geworden. Aber dabei hat sich auch gezeigt, daß es Möglichkeiten der Verständigung und der Kooperation gibt.

Ich bin überzeugt, daß es in den kommenden Wochen darauf ankommen wird, diese Möglichkeiten auszuloten. Und wenn es darum geht, daß es in der Breite unserer Gesellschaft zu einem wachsenden Bewußtsein über die Auswirkungen und Konsequenzen der internationalen Schuldenkrise kommt, dann muß uns daran gelegen sein, *Basisgruppen an diesem Diskussionsprozeß verantwortlich zu beteiligen*. Denn ohne Frage können Aktionsgruppen mit Programmen, die sich durch Kompetenz und Sachgerechtigkeit auszeichnen, zu diesem Prozeß wesentliche Beiträge leisten.

Das heißt freilich auch, daß Dialog und Kooperation da an ihre Grenze kommen, wo es nicht um fairen, offenen Konfliktaustrag geht, sondern um Agitation, um das Erzeugen von Feindbildern, um die Weigerung, die Auseinandersetzung gewaltlos und mit demokratischen Mitteln zu führen. Für uns war darum von Bedeutung, daß sich der Vertreter des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) auf dem GKKE-Symposium im vergangenen Juni deutlich von solchen Formen der Auseinandersetzung distanziert hat. In meinem Referat auf dieser Veranstaltung habe ich mich meinerseits *gegen jede feindselige Polemik gewandt, die Rechtfertigungszwänge und Lernblockaden schafft*. Und ich sagte das dort „nicht nur denen, die gegenüber Weltbank und IWF ein Feindbild aufgebaut haben, dem sie eine gewissenmäßige Entlastung entnehmen zu können glauben, wenn sie ihrem Weltbild mit Mitteln der Gewalt Ausdruck geben. Ich sage das auch den Verantwortlichen der Politik, die glauben, nicht verpflichtet zu sein, ihre Kritiker besser zu verstehen, als sie sich gerade artikulieren“.

Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Feilcke, versichern, daß die Kirchen in Berlin, in deren Bereich die Jahrestagung von IWF und Weltbank stattfinden werden, weiterhin alles tun werden, was in ihren Kräften steht, um dazu beizutragen, daß diese Jahrestagung – wie Sie schreiben – ein „Anlaß für kritische, aber sachkundige und sachdienliche Auseinandersetzungen“ wird.

In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich und wünsche Ihnen für Ihr verantwortungsvolles politisches Amt Gottes Segen.

Ihr

Martin Kruse

ten: Was ist uns die Diakonie wert? **Ist Diakonie (noch) institutionell und im evangelischen Bekenntnis „eine Gestalt“ des Zeugnisses der Gottesliebe zur Welt?** Wer arbeitet und opfert, wer streitet für die diakonische Dimension der evangelischen Kirche?

Die zweite Frage gilt den Verantwortlichen und Repräsentanten unseres sozialen Rechtsstaates: Was erwartet ihr von der Diakonie? Wie „frei“ ist die Freie Wohlfahrtspflege in unserem sozialen Rechtsstaat? Soll Diakonie wirklich „staatlich integriert“ sein oder werden?

Aus der Einsicht eines der Diakonie Verpflichteten und der Diakonie seiner Kirche Verantwortlichen, stehen die Zeitzeichen auf Sturm! – In vielen Arbeitsfeldern auch der Diakonie hat sich ein „öffentlich gefördertes“ Selbstverständnis eingeschlichen, das für Diakonie außerordentlich bedrohlich ist. Man lebt zwar relativ sorgenfrei in die Zukunft, aber zunehmend in undiakonischer Unfreiheit.

Kann es für die Gestaltung unseres sozialen Rechtsstaates gut sein, wenn Diakonie und Freie Wohlfahrtspflege zu weisungsgebunde-

nen sozialpolitischen Erfüllungshilfen werden? Noch erbringen Diakonie und Freie Wohlfahrtspflege ihre Beiträge zum sozialen Rechtsstaat „billiger“ als Staatsapparate. Wenn sie aber immer noch mehr in die staatliche Pflicht und Kontrolle genommen werden, dann ist es **nur eine Frage der Zeit, bis sie staatliche Organisationsstrukturen „am langen Zügel“ sind.** Können wir dies aus evangelischer Verantwortung im kirchlichen und im staatlichen Interesse wollen? Es ist hohe Zeit, gemeinsam über mögliche und notwendige Kurskorrekturen nachzudenken.

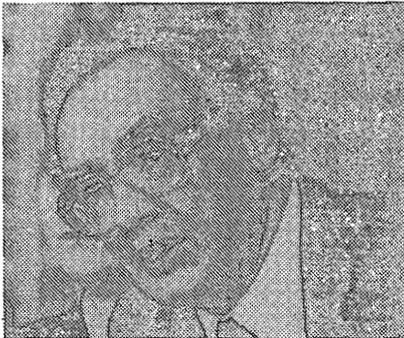
## Wo leben wir eigentlich?

Hans-Otto Wölber

**Zu dem erschütternden Geiseldrama im letzten Monat schreibt Hans-Otto Wölber, ehemaliger Bischof von Hamburg, folgenden Kommentar, den wir aus dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz übernommen haben.**

War es nur ein Geiseldrama?! Ich kenne keine Einzelheiten. Ich bin nicht sachverständig in Polizeikritiken. Dies halte ich auch nicht für so ausschlaggebend. Aber die Diskussion scheint sich daran festzubeißen. Sie läßt sich politisch inszenieren, die Parteien streiten sich. Das alles lenkt aber von dem Grundbefinden unserer Gesellschaft ab. Ich jedenfalls nehme in diesem Fall als Zeitungsläser und am Fernsehschirm Wirklichkeit wahr. Und da frage ich mich: Wo leben wir eigentlich, und was ist bei uns los?

Zwar steht es mit der Wirtschaftskonjunktur besser als vermutet. Technisch sind wir vielfach Spitze. Sogar die Abrüstung kommt in Gang. Aber mit den Affären nimmt es kein Ende. Die Kriminalitätsrate steigt. Die Drogenwelle schwappt über. Mit Treu und Glauben scheint es nicht gut zu stehen. Wir sind ganz schön perfekt, aber leider auch ziemlich korrumpiert. Und nun erleben wir mit Hilfe der Medien das große nationale Schauspiel des Verbrechens. Eine mehrtägige Gei-



**Bischof i. R. Hans-Otto Wölber**

seldrama mit Verfolgungsjagd quer durch die Lande, mit Verbrechervideos, Begleitkommandos der Presse usw. Am Ende gibt es drei Tote. In meine Ratlosigkeit schleicht ein tiefer Zweifel an unserer geistigen und moralischen Verfassung.

Es gibt ein chinesisches Sprichwort: „Wer Pflüge schmiedet, hat den Frieden im Herzen. Wer Schwerter schmiedet, den Krieg.“ Was wir in Presse und Fernsehen anschauen, fällt in uns hinein. Vielleicht gibt es in der Stille viel Redlichkeit und Fairness bei uns? Es ist zu hoffen! Was da aber stetig an Entsetzen an die Öffentlichkeit geschaufelt wird, läßt uns nicht nur um den Seelenzustand von Kindern fürchten.

Angeblich ist es Informationspflicht, die uns zwingt, täglich ohne

Scheu und Scham menschliche Katastrophen aufzutischen. Natürlich soll man die Augen vor den Realitäten nicht verschließen. Aber soll man Realitäten nur aus der Finsternis abholen? Wenn man nicht wüßte, daß es um Auflagenhöhe und Einschaltquoten geht, um jämmerliche Unterhaltung mit Nervenkitzel und um den Schmeichel der Instinkte! Es ist unterhalb der Menschenwürde.

Aber die Tatsachen selbst gereichen ja zur Ratlosigkeit, nicht nur der Umgang mit ihnen. Wenn das alles stimmt, was uns gemeldet wird, dann leben wir in einer wahrlich nicht gelungenen Gesellschaft. Trotz der Freiheit, die wir in ihr haben und uns nehmen. Man sollte sich fragen, ob die gesellschaftlich funktionale Auffassung der Freiheit: die Freiheit der Freiräume, der Selbstbestimmung usw. funktioniert, ohne auf den guten Geist zu achten. Die Wortführer der Nation werden die Wogen unserer Destruktivität mit ihren schwachen Formeln des Bedauerns nicht eindämmen. Es geht um den Geist in dieser Gesellschaft – welcher anderer Geist sollte es sein als der Geist Christi?

Und wir? Es gibt eine Selbstverständlichkeit des Dabeiseins. Sie wird zur Komplizenschaft. Auch wir schalten das Fernsehen ein, lesen die Presse. Wir wenden uns nicht ab. Wir gehören dazu. Doch wo ist unsere Antwort? Wir müssen geistig verändert werden, nicht funktional. Und das ist ja die Sache unseres Glaubens. Hier sind der einzelne Christ wie die Kirche gefordert. Welch eine Herausforderung! Wird sie erkannt?

# Protestantische Profile

Ottfried Hennig

Unter dieser Überschrift wird es eine neue Kolumne geben, in der evangelische Unionspolitiker und -innen ihr Verhältnis zu Religion, Kirche und Glauben schildern, geprägt und ergänzt durch persönliche Erfahrungen. Den Anfang macht heute Dr. Ottfried Hennig, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Die Serie wird nächsten Monat mit Dr. Manfred Rommel, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, fortgesetzt.

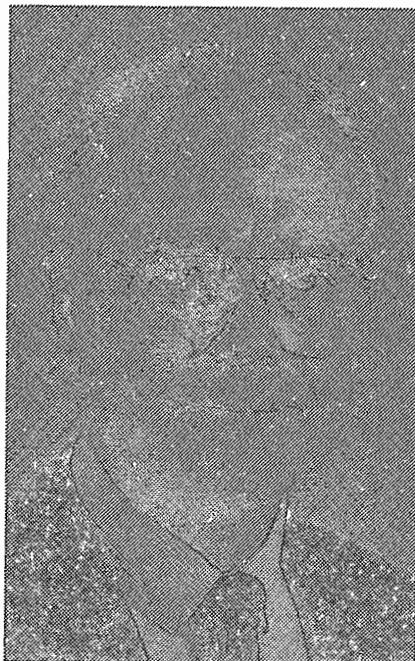
Ein Wort aus dem 2. Timotheus-Brief beschreibt, was es für mich bedeutet, als evangelischer Christ zu leben: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Verzagtheit, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit“ (2. Tim. 1,7).

Es mag überraschen, wenn ein Politiker einräumt, „den Geist der Verzagtheit“ zu kennen. Aber ich erlebe natürlich auch, daß Sorgen, Befürchtungen und Entscheidungszwänge zu einer Macht zu werden drohen, die mein Leben beherrschen. Wenn ich sehe, wie sich trotz unseres Engagements für viele Deutsche, die nicht in der Bundesrepublik leben, die Situation noch nicht entscheidend verbessert hat, weil ihnen das Selbstbestimmungsrecht immer noch verweigert wird, wenn ich sehe, wie sich trotz unseres Engagements für die Menschenrechte etwa in Mittelamerika nur sehr langsam ein Prozeß abzeichnet, der hoffen läßt, dann wird man es mir wohl nicht verdenken, daß ich hin und wieder fast dem „Geist der Verzagtheit“ verfallende. Daß ich darin nicht steckenbleibe und nicht steckenbleiben darf, das wird an diesem Paulus-Wort deutlich. Gottes Bekenntnis zu uns in seinem Sohn Jesus Christus will uns zum Leben ermutigen, allen Enttäuschungen zum Trotz, will uns in Bewegung setzen auf die Menschen zu, die Gottes Liebe brauchen.

So verstehe ich meine Aufgabe als Politiker vor allem als eine Aufgabe für die Menschen. Was dem Wohl der Menschen dient, müssen wir mit Besonnenheit ausloten,

nicht oberflächliche Parolen anbieten, wenn es darum geht, die Möglichkeiten geduldig auszuschöpfen.

Dazu gehört es, mit der **Kraft des Geistes** offen und öffentlich zu reden von Jesus Christus, davon, was Gottes Wille für seine Menschen ist. Darum kann ich als Politiker auch Konflikte nicht meiden, wenn ich glaubwürdig bleiben will. Ich kann mich nicht an Meinungsumfragen orientieren, wenn es um ethische Grundfragen geht, – ein Beispiel dafür ist die Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch.



**Dr. Ottfried Hennig, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen**

Ich sehe als evangelischer Christ das Recht auf Leben des ungeborenen Kindes, das es besser als bisher zu schützen gilt. Das ungeborene Kind hat keine Lobby, es ist auch nicht wahlberechtigt. Mut zum Bekennen und Zivilcourage verleiht der Geist der Kraft.

Aber dieser Geist der Kraft ist auch der **Geist der Liebe** – der Liebe, die den Menschen sieht mit seinen Schwächen und Stärken, einer Liebe, die ihn zum Leben befähigen will, nach Gottes Willen. Sie hilft mir, den anderen anzunehmen als Gottes Geschöpf, als einen Menschen, dem Gottes Liebe genauso gilt wie mir. Nur gehört, so denke ich, zur wahren Liebe auch immer die Wahrheit, die Aufrichtigkeit dem anderen gegenüber. Ich kann dem anderen nichts vormachen – ich muß zu dem stehen, was ich sage. Der Geist der Kraft und der Liebe ist zugleich der Geist der Besonnenheit.

Manchmal scheint es mir, als könnten wir davon gar nicht genug haben. Der **Geist der Besonnenheit** will uns einen klaren Kopf und offene Herzen geben. Der Geist Gottes schenkt uns innere Ruhe und Gelassenheit zu guten verantwortlichen Entscheidungen. Dieser Geist der Besonnenheit macht lebendig. Er wendet sich gegen alles Fanatische – und dieser Geist will sich vor allem in unserem Handeln beweisen. Dem versuche ich auch durch das aktive politische Engagement in unserer Christlich Demokratischen Union zu entsprechen, – und das ist übrigens für mich auch ein Stück praktizierter Ökumene.

Woher aber bekomme ich die Kraft, die meine „Verzagtheit“ überwindet? Sicher im Kreis meiner Familie, im ganz persönlichen Gebet, vor allem in der Gemeinschaft mit Christen im Gottesdienst am Sonntag morgen, in Gesprächen mit Politikern und Freunden, die ihre Aufgabe von der gleichen Grundlage aus gestalten und verantworten.

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.*

# Namen und Notizen

## Mehr Kirchengaustritte

**Frankfurt.** Die beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik haben 1986 durch Kirchengaustritte 214 900 Mitglieder verloren. Das meldet das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. 1985 waren 214 725 Kirchengaustritte registriert worden. Die größten Verluste mußte in beiden Jahren die evangelische Kirche hinnehmen; allerdings sank die Zahl der Austritte von 140 553 im Jahr 1985 auf 138 981 im Jahr 1986. 4244 Bundesbürger traten 1986 von der katholischen zur evangelischen Kirche über. Aus der katholischen Kirche traten 1986 mit 75 919 nur etwa halb so viele Mitglieder aus wie aus der evangelischen Kirche. 1985 hatten 74 172 Katholiken ihre Kirche verlassen. Die Zahl der katholischen Kirchenmitglieder betrug Ende 1986 noch 26,284 Millionen gegenüber 26,309 Millionen im Vorjahr. Bei den Protestanten waren es 24,910 Millionen gegenüber 25,106 Millionen 1985. Damit ging der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung um 0,4 Prozent zurück.

## Kein Steuerknick bei den bundesdeutschen Kirchen

**Wetzlar.** Die Kirchen profitieren von der Steigerung des Lohn- und Einkommensteueraufkommens im ersten Halbjahr 1988. Sie können ihre Prognosen für die Kirchensteuereinnahmen nach oben korrigieren und – sollte sich der Trend fortsetzen – auch nach Abschluß der Steuerreform im Jahr 1990 mit weniger Einbußen rechnen als zunächst angenommen. Dies ergab eine idea-Anfrage beim Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz.

Trotz der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen zweiten Stufe der Steuerreform erhöhte sich das Lohnsteueraufkommen von Januar bis Juni 1988 um 3,3 Prozent; die Einkommensteuer legte um 8,2 Prozent zu. Der Referent der EKD für Steuerfragen, Oberkirchenrat Wessel Nuyken (Hannover), erklärte, dadurch könne die bisher angenommene Steigerung des Kirchensteueraufkommens von zwei Prozent etwa um ein Prozent höher angesetzt werden. Dann würden sich die Kirchensteuereinnahmen der evangelischen

den. Dann würden sich die Kirchensteuereinnahmen der evangelischen Kirche in diesem Jahr auf über 6,3 Milliarden DM erhöhen. Bei anhaltend positivem Trend reduzierten sich die Ausfälle nach Abschluß der Steuerreform im Jahr 1990 von bisher geschätzten 860 Millionen auf 800 Millionen. Jede Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung habe positive Auswirkungen für die Kirche, meinte Nuyken.

Etwas zurückhaltender beurteilte der römisch-katholische Steuerfachmann Edgar Panholzer vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn die Entwicklung. Bisher sei man von einem Anwachsen der diesjährigen Kirchensteuereinnahmen von höchstens einem Prozent ausgegangen. Nach seiner Einschätzung könne man diese Prognose jetzt auf rund zwei Prozent korrigieren.

Das katholische Kirchensteueraufkommen liegt nach Panholzers Worten etwa gleich hoch wie das der EKD. Die errechneten Mindereinnahmen beider Kirchen nach Abschluß der Steuerreform werden 1990 bei weiterer positiver Entwicklung voraussichtlich nicht mehr 1,8 Milliarden DM betragen, sondern nur noch 1,6 Milliarden DM. Beide Kirchen rechnen damit, daß das Kirchensteueraufkommen 1990 mit insgesamt etwa 12,6 Milliarden DM den gleichen Stand erreicht wie in diesem Jahr.

## Chancen des Religionsunterrichtes nutzen

**Klingenmünster.** Die Anstellungschancen für Lehrer, die Religion, Mathematik oder Naturwissenschaften unterrichten, werden sich in Rheinland-Pfalz nach Einschätzung von Kultusminister Georg Gölder (CDU) in den 90er Jahren „erheblich verbessern“. Gölder wies vor den Schulreferenten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auf die „große Chance“ des Religionsunterrichtes hin, da heutzutage von vielen jungen Menschen „sehr stark die Sinnfrage gestellt wird.“

Der Religionsunterricht dürfe, so Gölder, nicht nur „neutral gehaltene Religionslehre“ sein, sondern es müsse das „persönliche Bekenntnis“ des Lehrers oder der Lehrerin spürbar werden. Nach Gölders Auskunft ist die Zahl der Abmeldungen vom Religionsunterricht in Rheinland-Pfalz gering. Als wichtiger

nannte er es, „wie der Religionsunterricht gestaltet wird“. Besondere Bedeutung mißt der Kultusminister der Grundschule, vor allem den ersten beiden Schuljahren, bei.

Quelle: epd

## Zum Abzug der ersten Pershing-Flugkörper

Im Deutschland-Union-Dienst schrieb Verteidigungsminister Prof. Dr. Rupert Scholz u. a.:

Auf der Grundlage glaubwürdiger Abschreckungs- und gesicherter Verteidigungsfähigkeit streben wir – gemeinsam im Bündnis – auch künftig den Ausgleich und die Verständigung mit Ländern Osteuropas an. Im Vordergrund stehen für uns die Bemühungen um ein Abkommen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, das im besonderen Maße uns Deutschen am Herzen liegen muß.

Der Abzug der ersten Pershing II aus der Bundesrepublik Deutschland ist zugleich Anlaß, der amerikanischen Soldaten zu gedenken, die in Erfüllung ihrer Pflicht ihr Leben verloren oder schwer verletzt wurden. Dank gebührt ebenso allen amerikanischen Soldaten, die in der Bundesrepublik Deutschland ihren Dienst an diesen Waffensystemen geleistet haben und bis zum endgültigen Abzug aller Pershing II leisten werden. Trotz ihres nicht immer leichten Dienstes und trotz der Erleichterung der Bevölkerung, daß diese Waffensysteme nun nicht mehr gebraucht werden, sollen sie in dem Bewußtsein unser Land verlassen, daß die große Mehrheit unserer Bürger ihren Beitrag zur Erhaltung unserer Freiheit in Frieden dankbar anerkannt.

Nicht zuletzt gilt mein Dank den Bürgern der an die Pershing II und Marschflugkörperstandorte angrenzenden Gemeinden. Manche beobachteten die Stationierung mit Sorge, viele sahen die Notwendigkeit ein und nahmen die damit verbundenen Unannehmlichkeiten in Kauf. Dies war eine Belastung, die sie für die gesamte Bevölkerung unseres Landes getragen haben. Heute können sie erkennen, daß diese Belastung nicht umsonst war und daß die Perspektiven für die Erhaltung des Friedens mit weniger Waffen und mehr Sicherheit noch nie so gut waren wie heute.

**Ergänzung zum Artikel „Vom Nutzen und Frommen eines kirchlichen Ehemonopols“ von Timm Lohse aus EV 8/88.**

Der folgende Abschnitt aus o. a. Beitrag ist aus technischen Gründen in der Augustausgabe weggefallen.

**Biblisch-theologische Orientierungslinien**

Wer in der Bibel eine explizite „Ehe“-Lehre sucht, wird sie vergeblich durchblättern. Denn die Bibel macht keine verbindlichen, allgemeinen, durch den Lauf der Geschichte gleichbleibenden Aussagen zur Ehe. Das verwehrt uns einerseits den (zwar in öffentlichen Diskussionen sehr beliebten) Weg, mit ausgewählten Bibelzitatens für das jeweils favorisierte Ehemodell zu argumentieren; andererseits stellt es uns vor die Aufgabe, biblisch-theologische Orientierungslinien aus dem Gesamtzusammenhang biblischer Botschaft zu erschließen und ethische Maßstäbe jenseits der historisch unterschiedlichen soziologischen Erscheinungsformen der Ehe zu benennen. Ich bescheide mich mit drei Orientierungslinien:

- Mann und Frau sind unterschieden und stehen sich als solche **gegenüber**; zugleich sind sie in ihrem Menschsein **eins**. Sie streben also nach differenzierter Einheit. In der Fähigkeit, diese Spannung von Eins- und Getrenntsein im Alltag umzusetzen, wächst und ereignet sich gegliücktes und gescheitertes Leben. Das ist mehr, als jede Ehe-Ideologie aufnehmen kann, und zugleich so viel, daß jedes Paar (mit und ohne Trauschein) ein Leben lang davon zehren kann.
- Die Beziehung zwischen Gott und Mensch wird mit dem verglichen, was sich zwischen Frau und Mann in Liebe und Ehe ereignet: Die unterschiedliche Eigenständigkeit und der Wille, etwas zusammen zu gestalten, provoziert das Drama von Macht und Ohnmacht, Liebe und Haß, Nähe und Ferne, Hören und Taubsein, Annehmen und Verstoßen. Ohne den Impuls der Vergebung wird dieses Drama zur Tragödie.
- Die rechtlichen Bestimmungen zur Zweierbeziehung haben sich – auch in der Bibel – ausgehend vom Verbot des Ehebruchs im Laufe der Geschichte weiterentwickelt. Eine ausgefeilte Kasuistik kann jedoch unversehens den Blick für lebensnotwendiges Handeln verstellen. Biblische Botschaft bekundet und bekennt Gott als den Liebhaber lebendigen

Menschseins, dem es wichtiger ist, daß Menschen sich ihre Lebendigkeit bewahren als daß sie Formen wahren. Seine Gebote und menschlichen Gesetze sollen in diesem Sinne dem Menschen dienen.

Das Miteinander von Frau und Mann kann also immer wieder und anders „paradiesische Dimensionen“ aufleuchten lassen, gehört aber doch zur Wirklichkeit dieses vergehenden Weltalters und bringt keine Erlösung...

## Für uns gelesen und besprochen

**Willehad Paul Eckert/Dietrich Steinwede/Helmuth Nils Loose: Bildwerk zur Kirchengeschichte, Band 1-6, Christopherus Verlag Freiburg, Burckhardt-Verlag Gelnhausen, Verlag Ernst Kaufmann, Lahr 1987**

Nicht erst seit der Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai läßt sich ein wachsendes Interesse der Deutschen an der Geschichte, vor allem der nationalen, erkennen. Die steigende Nachfrage nach geschichtlicher Literatur und zunehmende Besucherzahlen in historischen Ausstellungen sind ein Aspekt, die Diskussionen um das Deutsche Historische Museum in Berlin und das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn sowie die zum „Historikerstreit“ hochstilisierte Auseinandersetzung über die „Entsorgung“ der deutschen Vergangenheit ein anderer Aspekt dieses „neuen“ Geschichtsbewußtseins.

Für den Bereich der Kirchengeschichte lassen sich ähnliche Entwicklungen in diesem Maße leider nicht zeichnen. Doch werden seit einiger Zeit kirchengeschichtliche Stoffe wieder vermehrt in die Lehrpläne aufgenommen. Um so erfreulicher, daß mit dem „Bildwerk zur Kirchengeschichte“ nun ein umfassendes und umfangreiches Medienangebot vorliegt, von dem die Autoren versprechen, es eröffne ganz neue Perspektiven für den Umgang mit der Geschichte des Christentums.

Was bietet nun das Bildwerk der Verlagsgemeinschaft des Christopherus Verlags, des Burckhardt-Verlags und des Verlags Ernst Kaufmann? In sechs Ringbüchern mit insgesamt 720 Dias und 900 Seiten Text zeichnen die Herausgeber eine durchaus differenzierte, ökumenisch orientierte und medial farbenreiche Geschichte der Kirche von ihren Anfängen bis zur Gegenwart im zwanzigsten Jahrhundert. Das von dem bekannten Fotografen H. N. Loose zusammengestellte Bildmaterial ist dabei sehr vielseitig, umfaßt Bauwerke, Skulpturen, Mosaike, Münzen und Siegel, Holzschnitte, Kupferstiche

und Fotografien und bezieht auch bislang in kirchengeschichtlichen Publikationen unberücksichtigtes Material mit ein. Die klar gegliederten, informativen Begleittexte stammen von W. P. Eckert, Professor für Kirchengeschichte und Prior des Dominikanerklosters in Walberberg. Ärgerlich war zunächst, daß die Zitate nicht belegt wurden. Mit dem sechsten Band jedoch wurde ein Gesamtregister mit Namens-, Orts-, Sach- und didaktischem Themenregister sowie einem leider nicht sehr umfangreichen Literaturverzeichnis vorgelegt. Die didaktische Beratung des Gesamtprojekts lag bei D. Steinwede, Dozent am Pädagogisch-Theologischen Institut in Bonn-Bad Godesberg.

Insgesamt liegt mit dem „Bildwerk zur Kirchengeschichte“ ein ausgezeichnetes und hilfreiches Medienpaket für den Religions- und Geschichtsunterricht, aber auch für die Erwachsenen- und Hochschulbildung sowie für die Gemeindeförderung vor. Eine Anschaffung wird aber wegen des verständlicherweise nicht unerheblichen Preises nur für die Mediotheken der Schulen, Kirchenkreise und Hochschulen in Frage kommen.

Johannes Heide

**Rudolf Decker, MdL: Operation Umwelt, Hänssler-Verlag, Neuhausen-Stuttgart 1988, 460 Seiten.**

Mit „Operation Umwelt – Ideen zur Bewältigung einer Krise“ legt der Autor ein Werk vor, das sich aus der Flut der Umweltliteratur deutlich heraushebt.

„Operation Umwelt“ läßt es nicht dabei bewenden, die gegenwärtige Umweltsituation zu beschreiben, sondern zeichnet sowohl Reformvorschläge für die wichtigsten Bereiche unserer modernen Zivilisation als auch Sofortprogramme für Landwirtschaft, Industrie und Abfallbeseitigung.

Der umfangreiche Text spart keines der „Reizthemen“ unserer Zeit aus. Der Leser vermißt weder die Stichworte „Tschernobyl“ und „Sonderabfälle“, noch die Diskussion um das Waldster-

ben und den sauren Regen oder um die Vergiftung unserer landwirtschaftlich genutzten Böden durch hochgiftige Pestizide. Es fehlt auch nicht die Debatte um die möglichen Gefahren einer von uns gemachten und zu verantwortenden Klimaänderung durch den Konzentrationsanstieg des Kohlendioxids und die Zerstörung des aller Lebewesen

schützenden Ozongürtels.

Um der Gefahr einer irreparablen Umweltzerstörung zu begegnen, entwirft der Autor ein „Reformland“, dessen Verwirklichung nicht die utopische Vorstellung eines Weltverbessers, sondern eine Verpflichtung ist, der sich niemand von uns entziehen kann. „Reformland“ ist zugleich die Vision einer

Gesellschaft, die „sich frei entfaltet und dennoch im Einklang steht mit dem ökologischen System“.

Über die Anstrengungen und Opfer, die wir alle zum Wohle künftiger Generationen zu bringen haben, täuscht der Autor nicht hinweg. Er nennt den Preis, den diese Reform von uns fordert.

## Aus unserer Arbeit

### Kronenkreuz in Gold

**Neuss.** Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland hat den 1. Vizepräsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen **Dr. Hans-Ulrich Klose**, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, für allen Einsatz in der Diakonie der Kirche mit dem Kronenkreuz in Gold ausgezeichnet.

Der Präsident des Diakonischen Werkes, **Karl-Heinz Neukamm**, und der Direktor des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland, **K.-W. Gatwinkel**, haben damit gewürdigt, daß Dr. Klose im Jahre 1963 das Diakonische Werk Evangelischer Kirchengemeinden im Landkreis Grevenbroich mitbegründet und seit nunmehr 25 Jahren im Vorstand dieses evangelischen Wohlfahrtsverbandes an leitender Stelle mitgearbeitet hat.

### Gesundheitsschutz bei Kerntechnik

**Mayen.** Den Strahlenschutzarzt im Katastrophenstab bei der Bezirksregierung Koblenz und Leiter des Gesundheitsamtes Lahnstein Herr **Dr. med. Anton Miesen**, konnte der Vorsitzende des EAK Mayen **Werner Knappe**, als Referenten begrüßen. Das Thema des Abendgesprächs war: „Gesundheitsschutz steht im Vordergrund – Sicherheitsvorsorge für die im Bereich einer kerntechnischen Anlage wohnende Bevölkerung.“

Kerntechnische Schadensfälle sind in der Bundesrepublik extrem unwahrscheinlich. Dennoch muß die Bevölkerung generell auf solche Ereignisse vorbereitet werden. Sie ist speziell über Auftreten und Auswirkungen unterschiedlicher Radioaktivitätsemissionen auf Umwelt und Menschen so intensiv zu informieren, daß ein jeder im leichteren Fall auch zu gewisser schützender Sofort- und Selbsthilfe fähig ist. Dr. Miesen verwies auf die besonders strenge Kontrolle bei der Nutzung von Kernenergie.

Die EAK-Veranstaltung in Mayern war geprägt von umfassender offener Information durch Herrn Dr. Miesen und sachbezogener Gespräche im Anschluß an den Vortrag.

### Dem Ungeborenen Leben eine Chance

**Mainz.** Etwa 100 Personen konnten der Vorsitzende des EAK-Mainz, **Klaus Meynersen** sowie der Vorsitzende des EAK Mainz-Bingen, **Dr. Günter Vogel**, anläßlich einer eintägigen Tagung, mit dem Thema „Dem Ungeborenen Leben eine Chance“, im ZDF-Kasino begrüßen.

Große Betroffenheit lösten bei allen Beteiligten die Fachreferate aus. **Dr. Wolfgang Furch**, Chefarzt der Geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung am Städt. Krankenhaus Bad Nauheim und Vizepräsident der hessischen Landesärztekammer, zeigte die medizinischen Aspekte einer Abtreibung auf. **Dr. Maria Simon**, Klinische Psychologin, Universitätsfrauenklinik Würzburg, stellte die psychischen Folgeschäden an eigenen Studien vor. Bei Oberkirchenrat **Martin Hinnenthal**, EKHN, Darmstadt, standen die theologisch-ethischen Aspekte im Mittelpunkt. Auf Grundlage dieser Informationen fand anschließend eine Podiums- und Plenardiskussion unter der Gesprächsleitung von **Ingeborg Nicolaus**, Mitglied des Vorstandes des EAK-Mainz, statt.

Die Sozialarbeiterin des Diakonischen Werkes, **Bärbel Busch**, wies auf die Hintergründe der sozialen Indikation hin und beklagte dabei die Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft. Ihre Kollegin des Sozialdienstes Katholischer Frauen, **Wilma Kaegebein**, erörterte den Entwurf des Bundesberatungsgesetzes und stellte dabei die Wichtigkeit eines Vertrauensverhältnisses zwischen Beratern und Ratsuchenden heraus. Pfarrer **Gerhard Baldewin**, Paulusgemeinde Mainz, sah als wichtigste

Hilfe „eine liebevolle Zuwendung“ durch Partner und Familienangehörige an. Gleichzeitig unterstrich er: „Menschen werden wir nicht erst durch unsere Geburt, sondern sind es von Anfang an“. An diese Frage knüpfte auch **Marliese Köster**, die Landesvorsitzende des Vereins „Sag ja zum Leben, sag ja zum Kind e. V.“ an, indem sie eine einheitliche Definition des Wortes „Leben“ verlangt. **Margot Nienkämper** nahm als Landtagsabgeordnete zur Verantwortung der Politiker Stellung. Sie erklärte, Politiker allein seien machtlos und bedürften deshalb der Mithilfe durch die Bürger. Als Möglichkeit, das Bewußtsein in der Bevölkerung zu ändern, sah sie ständige Diskussionen, zum Beispiel durch Werbekampagnen für das Leben.

Nach einer lebhaften Plenardiskussion appellierte Frau Nicolaus an alle Tagungsteilnehmer – im Interesse der in Not geratenen Frauen – die Diskussion fortzuführen innerhalb der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis, in der Schule, am Arbeitsplatz, in den einzelnen Verbänden sowie in den entsprechenden Gremien der verschiedenen Parteien.

### Unsere Autoren:

Bundesminister  
Prof. Dr. Klaus Töpfer  
BMU  
Kennedyallee 5  
5300 Bonn 2

Prof. Dr. Dr. Siegfried Herrmann  
Ruhr-Universität  
Universitätsstr. 150  
4630 Bochum 1

Fritz-Joachim Steinmeyer  
Wenzelgasse 35  
5300 Bonn 1

Parlamentarischer Staatssekretär  
Dr. Ottfried Hennig, MdB  
BMB  
Godesberger Allee 140  
5300 Bonn 2

## Bieten Parteien der Jugend keine Ideale mehr?

**Starnberg.** Vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CSU, Kreisverband Starnberg, sprach Bundesminister a. D. **Dr. Werner Dollinger** zum Thema „Revolution der jungen Menschen – Terrorismus – Rauschgift – Sekten – heute“.

In der Jugend gäbe es, so Dollinger zu allen Zeiten. Als die Erwachsenen nach dem Zweiten Weltkrieg mit Erfolg ums nackte Überleben rangen, sah die Jugend hinter dem Wirtschaftswunder bald Ungerechtigkeiten, mangelnde Freiheit. Die Notstandsgesetze kamen. Da die Erwachsenen zu sehr mit sich selbst beschäftigt waren und niemand die Jugend hörte, brach diese aus. Einige Idealisten fanden sich in der Terrorismusszene wieder, andere suchten im Rauschgift Heil, wieder andere bei sektenartigen Gruppierungen, die sich um die Jugend kümmerten.

Dieses Suchen der Jugend dauert laut Dollinger bis heute fort. Beispiel: Hafensstraße in Hamburg? Elternhaus, Schulen und Kirchen hätten eingreifen sollen, haben aber weitgehend versagt. Da sie der Jugend nicht halfen, den Sinn des Lebens zu finden, suchte sich die Jugend diesen selbst, oft auf Abwegen. Auch die Parteien haben der Jugend nicht geholfen, sind vielmehr selbst unglaubwürdig geworden.

Die Jugend hat kein Vertrauen zu den Politikern, am wenigsten zu den Nur-Politikern. Jeder Politiker muß nach Dollinger neben seiner Politik ein solides berufliches Standbein haben, so daß er von dort her Erfahrungen besitzt und einen politischen Rückschlag mit Ruhe verkraften kann – Uwe Barschel konnte das nicht. Die Konsequenz aus



Bundesminister a. D. **Dr. Werner Dollinger**, stellvertretender Vorsitzender des EAK der CDU/CSU links und der Kreisvorsitzende des EAK der CSU Starnberg, Rechtsanwalt **Rolf Picker** während der Veranstaltung in Starnberg

all dem ist: die Älteren müssen wieder mehr auf die Jugend zugehen!

In der Diskussion klangen selbstkritische Töne an: Der „Unionsgedanke“, das heißt der Zusammenschluß von Christen beider großen Konfessionen, war nach dem Krieg ein großer Schritt. Aber die Union ist zu sehr ins Materielle abgeglitten, sie hat dem Suchen der Jugend nach Idealen kaum mehr etwas zu bieten. Die „Wende“ wurde bis heute nicht vollzogen. Die Jugend quittiert das damit, daß sie die Politik links liegenläßt und sich lieber andernorts, zum Beispiel bei der Feuerwehr, engagiert. Dort ist sie zu Opfern bereit, nicht aber in der Politik. Aus Bonn ist wenig Hilfe zu erwarten: Kultur im weitesten Sinn ist verfassungsmäßig Aufgabe der Länder.

## Vogel prangert Unterdrückung der Kirchen an

**Bonn.** Der stellvertretende Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Friedrich Vogel**, MdB, schildert in einem Gespräch mit der Passauer Presse die Situation von Mitgliedern der in der Sowjetunion nicht zugelassenen Religionsgemeinschaften.

Der Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe betont u. a. daß es eine Fülle von Einzelschicksalen verfolgter Christen in der Sowjetunion trotz der Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow gebe.

## 9. EAK-Fachtagung der CDU Hessen

### „Christliche Werte in der Schule – auf dem Abstellgleis?“

Vortrag: **Dr. Christean Wagner**

Diskussionsbeiträge: **Dr. Herbert Kemler**, **Dr. Günther Paul**  
Leitung: **Arnulf Borsche**

Bürgerhaus, 3550 Marburg-Cappel

**Samstag, den 1. Oktober 1988, 10.00 – 14.30 Uhr**

anschließend **Landesversammlung** des EAK der CDU Hessen

Programme und Anmeldung:

EAK der CDU Hessen, Biebricher Allee 29, 6200 Wiesbaden 1, Tel.: 0 61 21/8 60 61

## Ausgang der Beratung soll mit dem neuen Gesetz offen bleiben

**Gießen.** Damit hatte niemand gerechnet: Aus berufenem Munde hörten Abtreibungsgegner und -befürworter, daß auch mit dem neuen Beratungsgesetz der Ausgang einer solchen Beratung offen bleibe. „Sonst ist es doch keine Beratung mehr“, sagte **Ruth Hieronymi** von der CDU im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Abtreibung im Martinshof.

Mit dieser Aussage nahm Hieronymi den Abtreibungsbefürwortern den Wind aus den Segeln. Sie hatten befürchtet, durch die Festschreibung der „Beratung zur Aufrechterhaltung der Schwangerschaft“ solle eine Abtreibung den Frauen durch psychischen Druck erschwert werden. Gleichzeitig stieß Ruth Hieronymi jedoch die Abtrei-

burgsgegner vor den Kopf, die den Entwurf des neuen Beratungsgesetzes als höhere Hürde vor einer Abtreibung begrüßt hatten. Ihre Partei habe sich eine erneute öffentliche Diskussion des Themas Abtreibung und eine Schärfung des Bewußtseins zum Ziel gesetzt. In dieser Aussage spiegelt sich die Erkenntnis wieder, daß Abtreibungen nicht durch Gesetze, sondern nur durch wirksame Hilfen für die Betroffenen zu verhindern sind.

## Neuwahlen in Nürnberg-Fürth

**Nürnberg-Fürth.** Prof. **Dr. Harmut Beck** wurde bei den turnusmäßigen Neuwahlen des Evangelischen Arbeitskreises im Stadtverband Nürnberg-Fürth der CSU wieder einstimmig zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Die bisherigen Stellvertreter MdB **Peter W. Höffkes** und Bezirksrat **Dr. Kurt Kühhorn** wurden ebenfalls einstimmig in ihren Positionen bestätigt.

# „Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen“



29. Bundestagung · 7.–8. Oktober 1988 · Bonn · Konrad-Adenauer-Haus

## Freitag, 7. Oktober 1988

20.00 Uhr **Theologisches Abendgespräch  
„Macht Euch die Erde untertan –  
Schöpfungsethik in der Krise“**

Gesprächsteilnehmer:

**Landesbischof i. R. D. Hans von Keler,**  
Herrenberg

**Prof. Dr. Klaus Töpfer,**  
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit, Bonn

Leitung:

Staatsminister **Albrecht Martin,** MdL  
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

22.00 Uhr **Empfang auf Einladung  
des EAK-Bundesvorsitzenden**

## Samstag, 8. Oktober 1988

9.00 Uhr **Geistliches Wort**

**Bischof Heinz-Georg Binder,**  
Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz  
der Bundesrepublik Deutschland

9.15 Uhr **Eröffnung**

Staatsminister **Albrecht Martin,** MdL  
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

9.45 Uhr **Grußworte**

**Dr. Norbert Blüm,** MdB  
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

**Dr. Hans Daniels,** MdB  
Oberbürgermeister der Stadt Bonn

10.15 Uhr **Vorträge:**

**Dr. Heiner Geißler,** MdB  
Generalsekretär der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**Dr. Wolfgang Schäuble,** MdB  
Bundesminister für besondere Aufgaben

13.00 Uhr **Mittagspause**

13.00 Uhr **Pressekonferenz** (besondere Einladung)

14.00 Uhr **Foren**

Forum I **Das Leben schützen**  
Forum II **Die Schöpfung bewahren**  
Forum III **Die Zukunft sichern**

16.45 Uhr **Plenum**

### Anmeldung:

Bundesgeschäftsstelle des EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73–75 · 5300 Bonn 1 · Telefon: 02 28/544-302  
Eine Teilnahme an einzelnen Veranstaltungen ist selbstverständlich jederzeit auch ohne Anmeldung möglich.